

# Lehrer, ganztags RP 17.3.04

Von ANDREJ PRIBOSCHEK

Ein Schwarzmaler würde sagen, dass Münster die Schulen allein gelassen hat. Ein Optimist könnte behaupten, das Oberverwaltungsgericht habe den Problemdruck so erhöht, dass die Landesregierung an einer politischen Lösung nicht länger vorbeikommt. Und beide hätten Recht. Das Urteil verlangt allen Lehrerkollegien im Land eine Entscheidung darüber ab, ob stark belasteten Pädagogen Arbeit abzunehmen ist – und welcher Kollege die dann übernimmt. Das Verfahren wird einen schwelenden Streit in der Lehrerschaft vielerorts zu einem offenen Krach auswachsen lassen.

Dass dem Problem nicht mit Mehrheitsentscheidungen beizukommen ist, liegt in der Natur der Sache. Überdurchschnittlich belastete Lehrer sind halt immer in der Minderheit und deshalb in der so genannten Bandbreitenregelung stets die Dummen. Kein Wunder also, dass die Regelung, mit der das Bildungsministerium die extreme Ungleichbelastung von Lehrern mildern wollte, in der Praxis keine Anwendung findet. Jetzt *muss* die Schulkonferenz zu diesem Thema tagen. Sie wird den Konflikt nicht beheben.

Gefordert sind politische Entscheidungen, die endlich Schluss machen mit der bürokratischen Organisation der Lehrerarbeit. Warum sollte eine Schule nicht arbeiten wie jedes andere Unternehmen? Dazu gehören: Selbstständigkeit, klare Verantwortlichkeiten – und die Ganztagspräsenz der Beschäftigten. Wären Lehrer jeden Nachmittag in der Schule, könnten sie die anfallende Arbeit leicht untereinander aufteilen. So leicht ginge das.